

Pressemitteilung

Die Diskussion um das Betreuungsgeld kann eine Chance sein

„Die Sorge für die Schaffung gleicher Lebensbedingungen ist heute wichtiger denn je und kann nur durch gezielte Investitionen gelingen. Finanzielle Zuschüsse, die allen Familien zugute kommen, folgen dem bekannten Gießkannenprinzip und sind familienpolitisch, sozialpolitisch und frauenpolitisch mehr als fraglich,“ kommentiert Elisabeth Maskos, Vorsitzende des SkF Landesverbandes Bayern, die aktuelle Diskussion um das Betreuungsgeld.

Angesichts der zunehmenden Spaltung der Bevölkerung in vom Armutsrisiko Betroffene (Alleinerziehende und kinderreiche Familien, junge Erwachsenen sowie Rentnerinnen und Rentner) und von der guten wirtschaftlichen Situation und Steuergesetzgebung profitierende gut Situierte - dokumentiert durch die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung und den Bayerischen Sozialbericht - sollte die Kritik am Betreuungsgeld Konsequenzen haben.

1. Neuorientierung der Familienpolitik in Richtung einer Sicherung verlässlicher Infrastrukturen, die Familien in ihrer Aufgabe unterstützen und entlasten.

Die Vereinbarkeit von Sorgeverantwortung und Existenzsicherung ist heute mit hohen Anforderungen verbunden. Familien können dem nur gerecht werden, wenn sie mit qualitativ hochwertigen Angeboten im Vorschul- und im Schulbereich unterstützt werden.

„Hier sind die Kommunen als zuständige Instanz der Daseinsvorsorge in vielen Bereichen finanziell überfordert. Das wissen wir aus unserer Tätigkeit in den unterschiedlichen Felder der Sozialen Arbeit“, betont Maskos. „Die Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung.“

2. In die Bildung junger Menschen investieren.

„Wir setzen auf den Beitrag außerfamiliärer Bildungsangebote nicht aus Misstrauen gegenüber Familien in Armutslagen, sondern aus Respekt gegenüber ihrer Lebenslage, die durch viele Stressoren belastet ist,“ unterstreicht die SkF Landesvorsitzende. „Sozialpolitisch muss die Gesellschaft Chancengleichheit durch Bildung ermöglichen und damit den notwendigen Ausgleich für ungleiche Startchancen von Kindern schaffen.“

3. Frauenpolitik in ihrem Bestreben, Altersarmut von Frauen vorzubeugen, ernstnehmen.

Das Deutsche Jugendinstitut zeigte letztes Jahr, dass auch der geringe Betrag des Betreuungsgeldes von 150 € zu 95 Prozent von Frauen beantragt wurde und darüber hinaus 31,2 Prozent der Menschen, die diese Leistung in Anspruch nahmen, keinen Berufsabschluss hatte. „Als einzige Alternative zu dieser Armutsfalle können wir nur die berufliche Qualifizierung und berufliche Tätigkeit erkennen.“ Daran werde der SkF festhalten.

München, 15. April 2015

Elisabeth Maskos
SkF Landesvorsitzende

Beate Frank
SkF Referentin für Kinder- und Jugendhilfe